

Stern/Sodan/Möstl
Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland
im europäischen Staatenverbund

Band I
Grundlagen und Grundbegriffe des Staatsrechts,
Strukturprinzipien der Verfassung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland

im europäischen Staatenverbund

BAND I

Grundlagen und Grundbegriffe
des Staatsrechts,
Strukturprinzipien der Verfassung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Klaus Stern

em. o. Professor an der Universität zu Köln

Prof. Dr. Helge Sodan

o. Professor an der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Markus Möstl

o. Professor an der Universität Bayreuth

2., vollständig neu verfasste Auflage
des von Klaus Stern begründeten Werks

2022



Zitiervorschlag:
Bearbeiter in Stern/Sodan/Möstl StaatsR I § 1 Rn. 1


DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Band I 978 3 406 77511 6
ISBN gesamt 978 3 406 77510 9

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Klaus Stern hat mit seinem in sieben Bänden und Teilbänden erschienenen Opus „Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland“ eines der bedeutendsten Werke zum deutschen Staatsrecht geschaffen. Gemeinsam mit allen Mitautorinnen und Mitautoren freuen wir uns sehr, nunmehr eine vollständig neu bearbeitete zweite Auflage dieses großen Werks vorlegen zu können.

Zeitlich und konzeptionell reicht das Stern'sche Ursprungswerk weit in die Bonner Republik zurück; sein erster Band erschien 1977. Die Neuauflage stellt sich bewusst in diese Tradition. Zugleich will sie eine Gesamtdarstellung des deutschen Staatsrechts leisten, die auf der Höhe der Zeit ist sowie den Stand von Wissenschaft, Rechtsprechung und Praxis zu Beginn der 2020er Jahre verlässlich wiedergibt.

Im Zentrum steht – wie bisher – das Staatsrecht des Grundgesetzes. Dennoch soll das deutsche Staatsrecht nicht allein als ein Staatsrecht des Bundes (d. h. ausschließlich der Bundesebene) dargestellt werden. Der deutsche Staat wird vielmehr als eine föderale Wirklichkeit präsentiert, der bereits in sich ein Bundesstaat (mit zwei Ebenen der Staatlichkeit) ist und der als solcher seinerseits in den supranationalen Staatenverbund der Europäischen Union integriert ist. Die Institute und Gewährleistungen des Grundgesetzes werden daher im Verbund mit ihren Entsprechungen auch auf der europäischen und der Landesebene entfaltet. Diese Neuausrichtung, namentlich die umfassende Einbeziehung der europäischen Dimension, kommt auch in einem modifizierten Titel des Werks zum Ausdruck („Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Staatenverbund“).

Die Neuauflage wird in vier Bänden mit insgesamt rund 5.000 Seiten vorgelegt; das Staatsorganisationsrecht und die Grundrechte werden gleichgewichtig in jeweils zwei Bänden dargestellt. Die Gliederung baut auf derjenigen der Ursprungsfassung auf und lehnt sich an diese an; zu Abweichungen kommt es, soweit in den Jahrzehnten seit Erscheinen der ersten Auflage neue Entwicklungen eingetreten sind, die das Staatsrecht herausfordern, soweit die dargelegte Konzeption einer bewusst föderativ ausgelegten Darstellungsform des deutschen Staatsrechts Modifikationen verlangt und insbesondere der Fortschritt der europäischen Integration neue Akzentsetzungen erfordert. Ein umfangreiches Sachverzeichnis für alle Bände findet sich am Ende des vierten Bandes.

Klaus Stern hat die Ursprungsausgabe in schier unglaublicher Leistungskraft weitgehend allein bzw. mit Unterstützung von Michael Sachs und Johannes Dietlein verfasst. Dergleichen ist heute nicht mehr möglich; die Neuauflage musste auf viel mehr Schultern verteilt werden. Sie ist eine Gemeinschaftsleistung von 50 Staatsrechtslehrerinnen und Staatsrechtslehrern, die je auch ihre eigene Sicht in dieses Werk einbringen und so den Reichtum der deutschen Staatsrechtslehre widerspiegeln. Allen Autorinnen und Autoren danken wir für ihr großes Engagement und die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Es freut uns sehr, dass der schon im Ursprungswerk beteiligte Johannes Dietlein auch an dieser Neuauflage mitgewirkt hat; dass Michael Sachs seine Mitarbeit aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste und jüngst verstorben ist, erfüllt uns mit großer Trauer.

Wir danken Klaus Stern herzlich dafür, dass er das Projekt der Neuauflage von Beginn an so wohlwollend sowie mit Rat und Tat begleitet hat. Großer Dank gebührt auch dem Verlag C.H. Beck, insbesondere dem Leiter des Lektorats Öffentliches Recht, Herrn Dr. Rolf-Georg Müller, LL.M., für seine Initiative und konzeptionelle Begleitung sowie Herrn Dr. Ulrich Eisenried, Lektorat Öffentliches Recht, für seinen unermüdlichen vielfältigen Einsatz bei der Verwirklichung des Projekts.

Einen herzlichen Dank für zuverlässige und engagierte Unterstützung schulden wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Lehrstühle. Dies gilt für die wissenschaftli-

Vorwort

chen Mitarbeiter Dr. Bernhard Hadank, Christian Janssen, Finn Knoblauch und Jann Schmitt sowie den studentischen Mitarbeiter Antonio Cerminara, die alle am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin tätig sind, und für die in Bayreuth tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiter Helmut Birner, Svenja Büttner und Rudi Lang sowie die studentische Mitarbeiterin Ebru Sari.

Diese Neuauflage ist ohne Drittmittel entstanden; sie beruht auf der Kraft der beteiligten Staatsrechtslehrer/innen und der privatwirtschaftlichen Initiative des Verlages.

Die Neuauflage ist in Zeiten verfasst worden (Corona-Pandemie, zuletzt der Krieg in der Ukraine), die den Staat in besonderer Weise herausfordern. Möge dieses Werk dazu beitragen, dass der deutsche Staat sein freiheitliches, demokratisches, sozial- und rechtsstaatliches sowie föderalistisches Gepräge zu erhalten vermag und seine vielfältigen Aufgaben auch künftig zu erfüllen imstande ist.

Berlin und Bayreuth, im April 2022

Helge Sodan und Markus Möstl


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Geleitwort

Als ich mich 1975 an die Arbeit machte, ein – wie später ein Rezensent (Hans-Peter Ipsen) bemerkte – „großes Staatsrecht“ zu schreiben, war mir bewusst, welch publizistische Mammut-Aufgabe zu bewältigen war. Seither ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen, und eine neue Auflage steht vor einer ähnlichen Herausforderung. Sie ist indessen unabweislich; denn zu umfangreich sind mittlerweile die Wandlungen und Ergänzungen im Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland geworden, so dass nicht selten die Forderung nach einer neuen Verfassung zu hören ist. Vom Verfassungsrecht, das besteht, und Verwaltungsrecht, das vergeht, ist nicht mehr die Rede. Der Ruf nach Verfassungsnovellierungen ist jedenfalls allzu wohlfeil bei der Hand. Sorgfältig sollte deshalb der verfassungsändernde Gesetzgeber prüfen, ob er diesen Weg wirklich gehen sollte oder nicht lieber der interpretativen Lösung Raum lässt. Der Grat ist in der einen wie in der anderen Weise schmal, besonders bei den Grundrechten.

Über 60 Änderungsgesetze erfuhr unsere Verfassung, das „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“, in den bisher 73 Jahren seiner Geltung. Stillstand wird gewiss auch in Zukunft nicht eintreten. Der Deutsche ist bekanntlich verfassungsgläubig, zumal wenn er eine gute Verfassung sein eigen nennt, wie es beim Grundgesetz der Fall ist. Zudem lässt sich nicht leugnen, dass mitunter deren Ergänzung geboten ist, weil rasante Entwicklungen in vielen Sektoren des staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und hochtechnisierten Lebens unserer Umwelt eingetreten sind.

Es genügt, wenige Stichworte zu nennen, wie etwa Grundrechtsdrittwirkung, Menschenrechtsuniversalismus, Grundrechtsschutzpflichten, innere und äußere Sicherheit, supranationale Öffnung der Staatlichkeit, insbesondere Europäisierung, Umwelt-, Gesundheits- (namentlich bei pandemischen Gefahren wie aktuell) und Infrastrukturverantwortung, besonders für das Klima, ganz allgemein Probleme der Grundrechtsentfaltung und -beschränkung, z. B. bei dem „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ nebst „Recht auf Sicherheit und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme“, Privatheitsschutz, insbesondere Intimsphäre, Grundsatzfragen der Finanzverfassung, besonders im Bereich der Staatsschulden einschließlich des kommunalen Sektors. Leicht ließen sich weitere Felder aufzählen, wozu die Kommentare, Lehr- und Handbücher, Monographien ausführlich Stellung nehmen. Doch schon diese Aufzählung macht deutlich, dass eine gründliche Neukonzeption des Werks angebracht ist.

Ungeachtet dieser aus den Sachfragen resultierenden Argumentation liegt auch in der Erweiterung und Verjüngung von Herausgeberschaft und Autorenkreis ein Anlass für die konzeptionelle Neugliederung des Werks, ohne jedoch seine Grundstruktur aufzugeben. Meinerseits bin ich glücklich, ein „Team“ gefunden zu haben, das sich mit Verve für die Neuaufgabe engagiert.

Köln, im April 2022

Klaus Stern

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Carsten Bäcker

Universität Bayreuth, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie
(Öffentliches Recht IV)
§ 58

Prof. Dr. Tristan Barczak, LL.M.

Universität Passau, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und das Recht der neuen Technologien
§§ 4, 86

Prof. Dr. Florian Becker, LL.M. (Cambridge)

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
Direktor des Instituts für Öffentliches Wirtschaftsrecht
§§ 25, 59, 60

Priv.-Doz. Dr. Ariane Berger

Deutscher Landkreistag, Berlin, Leiterin Digitalisierung
Freie Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft
§§ 72, 73, 96

Prof. Dr. Michael Brenner

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht
§§ 14, 30

Prof. Dr. Christian von Coelln

Universität zu Köln, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Wissenschaftsrecht und Medienrecht
§§ 123, 124

Prof. Dr. Matthias Cornils

Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften,
Lehrstuhl für Medienrecht, Kulturrecht und öffentliches Recht
§§ 67, 69, 119, 120

Prof. Dr. Otto Depenheuer

Universität zu Köln, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Seminar für Staatsphilosophie und Rechtspolitik
§ 10

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Johannes Dietlein
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre
Direktor des Zentrums für Informationsrecht
§ 17

Prof. Dr. Matthias Friehe
EBS Universität für Wirtschaft und Recht Wiesbaden, EBS Law School,
Qualifikationsprofessur für Staats- und Verwaltungsrecht
§§ 7, 105, 106, 107

Prof. Dr. Klaus Ferdinand Gärditz
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn,
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Fachbereich Rechtswissenschaft,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
Ehem. stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs
für das Land Nordrhein-Westfalen
Ehem. Richter im Nebenamt am Oberverwaltungsgericht
für das Land Nordrhein-Westfalen
§§ 6, 11, 22, 92

Prof. Dr. Claas Friedrich Germelmann, LL.M. (Cambridge)
Leibniz Universität Hannover, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Europarecht
Direktor des Instituts für internationales Recht
§§ 27, 114, 118, 122

Prof. Dr. Christoph Gröpl
Universität des Saarlandes, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, deutsches und europäisches Finanz- und
Steuerrecht
§§ 55, 56

Prof. Dr. Bernd Grzeszick, LL.M. (Cambridge)
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
Internationales Öffentliches Recht, Allgemeine Staatslehre und Rechtsphilosophie
Direktor des Instituts für Staatsrecht, Verfassungslehre und Rechtsphilosophie
Direktor des Heidelberg Center for American Studies
Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften
Richter am Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen
§§ 33, 132

Prof. Dr. Annette Guckelberger
Universität des Saarlandes, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
§§ 81, 82, 83, 84, 85

Prof. Dr. Jörg Gundel
Universität Bayreuth, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht
§ 18

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Dirk Heckmann

Technische Universität München,
Lehrstuhl für Recht und Sicherheit der Digitalisierung
Direktor des TUM Center for Digital Public Services
Direktor am bidt.digital
Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
§§ 102, 103, 121

Prof. Dr. Markus Heintzen

Freie Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft,
Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Steuerrecht
§§ 32, 117

Prof. Dr. Christian Hillgruber

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn,
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
Direktor des Instituts für Kirchenrecht
Stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen
§§ 100, 101, 108

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Detlef Horn

Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Rechtswissenschaften,
Professur für Öffentliches Recht
Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof a. D.
§§ 34, 39, 45

Prof. Dr. Marcel Kau, LL.M. (Georgetown)

Universität Konstanz, Fachbereich Rechtswissenschaft
§§ 41, 43, 91, 94

Prof. Dr. Gregor Kirchhof, LL.M.

Universität Augsburg, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht
Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht
Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht
§§ 109, 110

Prof. Dr. Jan Henrik Klement

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Direktor des Instituts für Öffentliches Recht, Abteilung 3: Staatsrecht
Richter bei dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg im Nebenamt
§§ 79, 80

Prof. Dr. Sebastian Kluckert

Bergische Universität Wuppertal, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft
– Schumpeter School of Business and Economics,
Professur für Öffentliches Recht,
insbesondere Öffentliches Wirtschaftsrecht und Sozialrecht
§§ 35, 40, 52, 95

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Hanno Kube, LL.M. (Cornell)
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
unter besonderer Berücksichtigung des Finanz- und Steuerrechts
Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht
§ 54

Prof. Dr. Walter Georg Leisner
Freie Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft
Stellv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Oberbayern a. D.
§§ 31, 36

Prof. Dr. Anna Leisner-Egensperger
Friedrich-Schiller-Universität Jena, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Steuerrecht
§§ 89, 90, 104

Prof. Dr. Josef Franz Lindner
Universität Augsburg, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Medizinrecht und Rechtsphilosophie
Direktor des Instituts für Bio-, Gesundheits- und Medizinrecht
§§ 16, 37, 97

Prof. Dr. Eva Julia Lohse, LL.M. (Kent)
Universität Bayreuth, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsvergleichung
Direktorin der Forschungsstelle für das Recht der Nachhaltigen Entwicklung (FORNE)
§§ 26, 38, 93

Prof. Dr. Jörn Lüdemann
Universität Rostock, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Wirtschafts- und Medienrecht,
Rechtstheorie und Rechtsökonomik
§ 65

Prof. Dr. Lothar Michael
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Juristische Fakultät,
Professur für Öffentliches Recht
§§ 3, 28, 70

Prof. Dr. Markus Möstl
Universität Bayreuth, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht II und Wirtschaftsrecht
Direktor der Forschungsstelle für Deutsches und Europäisches Lebensmittelrecht
§§ 1, 2, 8, 68, 71

Prof. Dr. Sebastian Müller-Franken
Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Rechtswissenschaften,
Professur für öffentliches Recht
§§ 9, 13

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Martin Nettesheim

Eberhard Karls Universität Tübingen, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht und Völkerrecht
Direktor des Tuebingen Research Center for International Economic Law
§ 5

Prof. Dr. Christoph Ohler, LL.M. (Brügge)

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht,
Völkerrecht und Internationales Wirtschaftsrecht
Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs
§§ 53, 57

Prof. Dr. Anne Paschke

Technische Universität Braunschweig, Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät,
Universitätsprofessorin für Öffentliches Recht,
Technikrecht und Recht der Digitalisierung
Direktorin des Instituts für Rechtswissenschaften
Leiterin der Forschungsstelle Mobilitätsrecht
§§ 103, 121

Prof. Dr. Adelheid Puttler, LL.M. (U. of Chicago)

Ruhr-Universität Bochum, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Europarecht,
Völkerrecht und Internationales Wirtschaftsrecht
§ 19

Prof. Dr. Philipp Reimer

Universität Konstanz, Fachbereich Rechtswissenschaft,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht, und Rechtstheorie
§§ 128, 129, 130

Prof. Dr. Stephan Rixen

Universität zu Köln, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Institut für Staatsrecht,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
Direktor des Instituts für Staatsrecht
§§ 21, 131, 133

Prof. Dr. Johannes Sauer, LL.M. (Yale)

Eberhard Karls Universität Tübingen, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Umweltrecht, Infrastrukturrecht und Rechtsvergleichung
§§ 44, 63, 64

Prof. Dr. Jan Philipp Schaefer

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung,
Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Staats- und Europarecht
§§ 74, 75, 76, 77, 78

Jun.-Prof. Priv.-Doz. Dr. Nils Schaks, licencié en droit (Paris X-Nanterre)

Universität Mannheim, Fakultät für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre,
Juniorprofessur für Öffentliches Recht
§§ 88, 115, 116, 127

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Stefanie Schmahl, LL.M. (E)

Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für deutsches und ausländisches öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht
Stellvertretendes (nichtberufsrichterliches) Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
§§ 61, 62, 98, 99

Prof. Dr. Kyrill-Alexander Schwarz

Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Juristische Fakultät,
Professur für Öffentliches Recht am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht
§§ 20, 23, 24

Prof. Dr. Thorsten Siegel

Freie Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft,
Professur für öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht
§§ 46, 48, 49, 50

Prof. Dr. Helge Sodan

Freie Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft,
Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht,
Öffentliches Wirtschaftsrecht und Sozialrecht
Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht
Präsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin a. D.
§§ 66, 87, 125, 126

Prof. Dr. Arnd Uhle

Universität Leipzig, Juristenfakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
insbesondere für Staatsrecht, Allgemeine Staatslehre und Verfassungstheorie
Direktor des Instituts für Recht und Politik
Richter des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen
§§ 29, 42

Prof. Dr. Heinrich de Wall

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Fachbereich Rechtswissenschaft,
Lehrstuhl für Kirchenrecht, Staats- und Verwaltungsrecht
Direktor des Hans-Liermann-Instituts für Kirchenrecht
§§ 111, 112, 113

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

Richter des Bundesverfassungsgerichts
Universität Bayreuth, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht VII,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Recht der Umwelt, Technik und Information
§§ 12, 15, 47

Prof. Dr. Peter Wysk

Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.
Honorarprofessor der Humboldt-Universität zu Berlin
Privatdozent
Rechtsanwalt
§ 51

Inhaltsübersicht

Band I: Grundlagen und Grundbegriffe des Staatsrechts, Strukturprinzipien der Verfassung

1. Kapitel. Grundbegriffe und Grundlagen des Staatsrechts

1. Abschnitt. Staat und Verfassung, Staatsrecht und Verfassungsrecht

- § 1 Staat – der deutsche Bundesstaat in der EU
- § 2 Verfassung – das Grundgesetz und der bundesstaatliche/unionale Verfassungsverbund
- § 3 Konzeptionen und Methoden einer auf Staat und Verfassung bezogenen Rechtswissenschaft
- § 4 Geschichtliche Grundlagen deutscher Verfassungsstaatlichkeit

2. Abschnitt. Attribute der (supranational geöffneten) Staatlichkeit

- § 5 Die Souveränität
- § 6 Staatsgebiet – und europäischer Raum ohne Binnengrenzen
- § 7 Staatsangehörigkeit, Staatsvolk in Bund und Ländern, Unionsbürgerschaft
- § 8 Staatsgewalt in Bund und Ländern, unionale Hoheitsgewalt, die exekutivföderalistische Grundstruktur der Bundesrepublik und der EU
- § 9 Staatspflege, staatliche Symbole und Selbstdarstellung des Staates

3. Abschnitt. Verfassungsrechtliche Grundlagen

- § 10 Verfassungsentwicklung: Gebung, Änderung, Wandel und Ablösung des Grundgesetzes
- § 11 Verfassungsidentität und Schutz der Verfassung

2. Kapitel. Strukturprinzipien und Aufgaben

1. Abschnitt. Die Verfassungsgrundscheidungen des Grundgesetzes

- § 12 Struktursicherung und Homogenität im Verfassungsverbund

2. Abschnitt. Republik, Demokratie, Rechtsstaat

- § 13 Das republikanische Prinzip
- § 14 Das demokratische Prinzip
- § 15 Das rechtsstaatliche Prinzip

3. Abschnitt. Mehrebenenstruktur

- § 16 Das bundesstaatliche Prinzip
- § 17 Die kommunale Selbstverwaltung
- § 18 Supranationale Öffnung – Europafreundlichkeit und Grenzen der Integrationsgewalt
- § 19 Staat, Verfassung und internationales Recht

Inhaltsübersicht

4. Abschnitt. Staatsziele und Staatsaufgaben

- § 20 Grundfragen
- § 21 Das soziale Staatsziel
- § 22 Innere Sicherheit
- § 23 Äußere Sicherheit und militärische Verteidigung
- § 24 Notstandsverfassungsrecht
- § 25 Wirtschaftsverfassung, Infrastrukturverantwortung
- § 26 Umweltschutz
- § 27 Kultur
- § 28 Digitalisierung

5. Abschnitt. Säkularität des Verfassungsstaates

- § 29 Staatskirchenrecht

Band II: Staatsorgane, Staatsfunktionen, Finanzwesen

1. Kapitel. Grundfragen der Staatsorganisation und Funktionenordnung

1. Abschnitt. Ausformung der Demokratie

- § 30 Repräsentative Demokratie
- § 31 Grundlagen des Wahlrechts
- § 32 Die politischen Parteien

2. Abschnitt. Gewaltenteilung und parlamentarisches Regierungssystem

- § 33 Gewaltenteilung
- § 34 Das parlamentarische Regierungssystem
- § 35 Mandat und Status des Abgeordneten

2. Kapitel. Organe

- § 36 Die parlamentarische Volksvertretung – der Deutsche Bundestag
- § 37 Das föderative Organ – der Bundesrat
- § 38 Das Staatsoberhaupt – der Bundespräsident (mit Bundesversammlung)
- § 39 Die Regierung – die Bundesregierung
- § 40 Das Verfassungsgericht – das BVerfG

3. Kapitel. Funktionen

1. Abschnitt. Gesetzgebung (Legislative) und abgeleitete Normsetzung

- § 41 Das Gesetz
- § 42 Gesetzgebungskompetenzen
- § 43 Gesetzgebungsverfahren
- § 44 Exekutive Normsetzung

2. Abschnitt. Vollziehende Gewalt (Exekutive)

- § 45 Regierung
- § 46 Verwaltung
- § 47 Öffentlicher Dienst
- § 48 Dezentraler Vollzug
- § 49 Zentraler Vollzug
- § 50 Trennung der Verwaltungsräume, Verwaltungszusammenarbeit, Gemeinschaftsaufgaben

3. Abschnitt. Rechtsprechung (Judikative)

- § 51 Die Rechtsprechung
- § 52 Verfassungsgerichtsbarkeit

4. Kapitel. Finanzen

- § 53 Währung
- § 54 Steuerverfassungsrecht
- § 55 Ertragshoheit, Finanzausgleich und Ausgabenlasten
- § 56 Haushaltsverfassungsrecht
- § 57 Staatsvermögen und Staatsverschuldung

**Band III:
Allgemeine Lehren der Grundrechte**

1. Kapitel. Grundlagen und Geschichte der Grundrechte

- § 58 Historische und ideengeschichtliche Grundlagen der Grundrechte
- § 59 Entwicklung des Grundrechtskatalogs des Grundgesetzes
- § 60 Entwicklung von Landesgrundrechten
- § 61 Entwicklung der Europäischen Menschenrechtskonvention
- § 62 Entwicklung der Unionsgrundrechte und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

2. Kapitel. Begriff und Einteilung der Grundrechte

- § 63 Begriff der Grundrechte
- § 64 Einteilung der Grundrechte

3. Kapitel. Subjektive und objektive Grundrechtsgehalte

1. Abschnitt. Subjektive Grundrechtsgehalte

- § 65 Abwehrrechte
- § 66 Leistungsrechte

Inhaltsübersicht

2. Abschnitt. Objektive Grundrechtsgehalte

- § 67 Einrichtungsgarantien
- § 68 Schutzpflichten
- § 69 Grundrechtsgeltung im Privatrecht
- § 70 Grundrechtswirkung für Organisation und Verfahren

4. Kapitel. Föderale Grundrechtsgehalte

- § 71 Schutz gegen Diskriminierungen und Beschränkungen in rechtsordnungsübergreifenden Konstellationen

5. Kapitel. Grundrechtsberechtigte

- § 72 Natürliche Personen
- § 73 Juristische Personen

6. Kapitel. Grundrechtsverpflichtete

- § 74 Grundsatzfragen der Geltungs- und Bindungskraft der Grundrechte
- § 75 Grundrechtsbindung der Gesetzgebung
- § 76 Bindung der vollziehenden Gewalt
- § 77 Bindung der Rechtsprechung
- § 78 Private als Grundrechtsverpflichtete

7. Kapitel. Grundrechtlicher Schutzbereich, Grundrechtseingriff, Grundrechtsbegrenzung

1. Abschnitt. Grundrechtlicher Schutzbereich und Grundrechtseingriffe

- § 79 Grundrechtlicher Schutzbereich
- § 80 Grundrechtseingriffe

2. Abschnitt. Grundrechtsschranken

- § 81 Schranken der Grundrechte
- § 82 Verfassungsunmittelbare Schranken
- § 83 Gesetzesvorbehalte
- § 84 Verfassungsimmanente Schranken

3. Abschnitt. Allgemeine Schranken der Grundrechtsbegrenzung in formeller Hinsicht

- § 85 Verbot von Einzelfallgesetzen und Zitiergebot

4. Abschnitt. Allgemeine Schranken der Grundrechtsbegrenzung in materieller Hinsicht

- § 86 Parlamentsvorbehalt und Bestimmtheitsgebot
- § 87 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- § 88 Schutz des Wesensgehalts der Grundrechte
- § 89 Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot
- § 90 Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung

8. Kapitel. Grundrechtsverluste und Grundpflichten

1. Abschnitt. Grundrechtsverluste

- § 91 Grundrechtsverzicht
- § 92 Grundrechtsverwirkung

2. Abschnitt. Verhältnis der Grundrechte zu den Grundpflichten

- § 93 Bedeutung und Herleitung von Grundpflichten

9. Kapitel. Schutz der Grundrechte

- § 94 Allgemeine Schutzinstrumente
- § 95 Verfassungsgerichtlicher Schutz für die Grundrechte

10. Kapitel. Grundrechtskonkurrenzen

1. Abschnitt. Horizontale Konkurrenz von Grundrechten

- § 96 Konkurrenz von Grundrechten des Grundgesetzes

2. Abschnitt. Vertikale Konkurrenz von Grundrechten

- § 97 Bundes- und Landesgrundrechte in den deutschen Verfassungen
- § 98 Nationale Grundrechte und Europäische Menschenrechtskonvention
- § 99 Nationale Grundrechte und Unionsgrundrechte

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**Band IV:
Die einzelnen Grundrechte**

1. Kapitel. Schutz des Individuums

**1. Abschnitt. Schutz von Existenz, Persönlichkeit und Rechtsstellung
des Menschen**

- § 100 Schutz der Menschenwürde
- § 101 Schutz der physischen Existenz
- § 102 Schutz von Persönlichkeit und Privatsphäre
- § 103 Datenschutz
- § 104 Schutz von Ehe, Familie und der Eltern-Kind-Beziehung sowie
Gewährleistung des Schulwesens
- § 105 Schutz der Staatsangehörigkeit

2. Abschnitt. Schutz des Aufenthalts im Staatsgebiet

- § 106 Recht zum Aufenthalt im Staatsgebiet und Freizügigkeit
- § 107 Auslieferungsverbot
- § 108 Asylrecht

Inhaltsübersicht

2. Kapitel. Freiheitliche Entfaltung des Individuums

1. Abschnitt. Allgemeine Freiheitsrechte

- § 109 Allgemeine Handlungsfreiheit
- § 110 Schutz vor Arbeitszwang und Zwangsarbeit

2. Abschnitt. Glaubens- und Gewissensfreiheit

- § 111 Glaubensfreiheit
- § 112 Gewissensfreiheit
- § 113 Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung

3. Abschnitt. Bewegungs-, Assoziations- und Kommunikationsfreiheit

- § 114 Bewegungsfreiheit
- § 115 Versammlungsfreiheit
- § 116 Allgemeine Vereinigungsfreiheit
- § 117 Meinungsfreiheit
- § 118 Informationsfreiheit

4. Abschnitt. Freiheit der Medien

- § 119 Pressefreiheit
- § 120 Rundfunkfreiheit
- § 121 Digitalisierung und Grundrechte
- § 122 Filmfreiheit

5. Abschnitt. Freiheit der Kunst und der Wissenschaft

- § 123 Kunstfreiheit
- § 124 Wissenschaftsfreiheit

6. Abschnitt. Wirtschaftliche Entfaltungsfreiheit

- § 125 Berufsfreiheit
- § 126 Eigentumsfreiheit und Erbrecht
- § 127 Koalitionsfreiheit

3. Kapitel. Allgemeiner Gleichheitssatz und besondere Gleichheitssätze

- § 128 Allgemeiner Gleichheitssatz
- § 129 Gleichberechtigung von Männern und Frauen
- § 130 Sonstige besondere Gleichheitssätze

4. Kapitel. Justitielle Rechte

- § 131 Rechtsweggarantie
- § 132 Staatshaftungsrecht
- § 133 Justizgrundrechte

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Geleitwort	VII
Bearbeiterverzeichnis	IX
Inhaltsübersicht	XV
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XLV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LI

Band I: Grundlagen und Grundbegriffe des Staatsrechts, Strukturprinzipien der Verfassung

1. Kapitel. Grundbegriffe und Grundlagen des Staatsrechts

1. Abschnitt. Staat und Verfassung, Staatsrecht und Verfassungsrecht	
§ 1 Staat – der deutsche Bundesstaat in der EU (Möstl)	1
A. Der Staat als Gegenstand des Staatsrechts und der klassische Begriff des Staates	1
B. Wandel und Beständigkeit des Staates – Staatlichkeit unter dem Grundgesetz	4
C. Staat und Verfassung	11
D. Staat und Mensch/Gesellschaft/Volk	15
E. Staat im föderalen Mehrebenensystem: Bundesstaat und Staatenverbund	18
I. Staatlichkeit im Bundesstaat	20
II. Staatlichkeit im europäischen Staatenverbund	27
F. Der Verfassungsstaat zwischen Funktionsverlust und Selbstbehauptung ..	34
§ 2 Verfassung – das Grundgesetz und der bundesstaatliche/unionale Verfassungsverbund (Möstl)	39
A. Verfassung im Verfassungsstaat	40
I. Verfassungsgeschichte – Hervortreten und Entwicklung des Verfassungsbegriffs	40
II. Verfassungstheorie – Methodenfragen und gemischtes Verfassungsverständnis	44
III. Verfassungsbegriff	51
IV. Verfassungsfunktionen	56
V. Verfassungsinhalte (unter besonderer Berücksichtigung des Grundgesetzes)	58
B. Verfassung im Bundesstaat	63
I. Der bundesstaatliche Verfassungsverbund	63
II. Die Rolle der Bundesverfassung	66
1. Verfassungsgebende Gewalt des deutschen Volkes	66
2. Konstitution und Begrenzung der Bundesstaatsgewalt	67
3. Mitkonstitution und Begrenzung der Landesstaatsgewalt	67
4. Freiwillige Öffnung der Landesverfassung für bundesverfassungsrechtliche Maßstäbe	77

Inhaltsverzeichnis

5. Weitere gesamtstaatliche Funktionen und Ausstrahlungswirkungen der Bundesverfassung	81
III. Die Rolle der Landesverfassungen	82
1. Verfassungsautonomie der Länder und ihr Recht auf Vollverfassung	82
2. Wirk- und Maßstabskraft der Landesverfassung	85
3. Gesamtstaatliche Funktionen und Ausstrahlungswirkungen der Landesverfassung	93
IV. Zusammenschau und übergreifende Charakteristika	94
C. Verfassung in der Europäischen Union	95
I. Fragen der Verfassungsfähigkeit der Union	97
II. Das EU-Primärrecht als funktionale Verfassung der EU und als Föderationsverfassung	100
III. Die starke Rolle der nationalen Verfassung (auch im Integrationsprozess)	104
IV. Zusammenschau und übergreifende Charakteristika	106
V. Zusammenführung mit den Ergebnissen von B.: Das Grundgesetz als Kraftmitte des deutschen und europäischen Verfassungsverbundes	107
§ 3 Konzeptionen und Methoden einer auf Staat und Verfassung bezogenen Rechtswissenschaft (Michael)	109
A. Konzeptionen	109
I. Konzeptionelle Relevanz der Staats- bzw. Verfassungsperspektive und Mehrwert ihrer Gegenüberstellung	109
II. Historische Kontexte und Vorzeichenwechsel einer staatsbezogenen Staatsrechtswissenschaft	111
III. Historische Kontexte und Vorzeichenwechsel einer verfassungsbezogenen Verfassungsrechtswissenschaft	116
IV. Pfadabhängigkeiten einer staats- bzw. verfassungsbezogenen Rechtswissenschaft	120
V. Staats- und Verfassungsmetaphorik als Bebilderung von Konzeptionen	125
B. Methoden	129
I. Positivismus im Staats- und Verfassungsrecht	129
II. Die Eigenständigkeit der Verfassungsinterpretation im Spiegel der Methodenlehre	135
III. Methodenlehre im Spiegel des Verfassungsrechts und des Mehrebenensystems	140
IV. Beständigkeit und Offenheit des Staatsverständnisses	147
V. Beständigkeit der Verfassung und Verfassungswandel	149
C. Prozessrelationen	151
§ 4 Geschichtliche Grundlagen deutscher Verfassungsstaatlichkeit (Barczak)	157
A. Verfassungsgeschichte, Verfassungsrecht und Verfassungsstaat	158
B. Verfassungsgeschichtliche Pfadabhängigkeiten und staatsrechtliche Sonderwege	161
I. Vorbilder und Kontexte	161
II. Evolution und Revolution	166
III. Kontinuität und Diskontinuität	170
C. Verfassungsstaatliche Tradition des Grundgesetzes	173
I. Historisierung von Verfassungsrecht: Verfassungsgeschichte und Verfassungszeitgeschichte	173

Inhaltsverzeichnis

II. Historische Etappen deutscher Verfassungsstaatlichkeit	174
1. Verfassungsstaat im Werden: Die Anfänge des Konstitutionalismus in Deutschland	175
2. Vorbildhafter, wenngleich unvollendeter Verfassungsstaat: Die Paulskirchenverfassung von 1849	181
3. Vollendeter, wenngleich unvollkommener Verfassungsstaat: Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871	188
4. Verfassungsstaat ohne Verfassungskonsens: Die Weimarer Reichsverfassung von 1919	196
5. Verfassungsloser Staat: Die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft	207
D. Geschichtliche Voraussetzungen verfassungsrechtlicher Grundentscheidungen	210
I. Vergangenheitsorientierung und Zukunftsgewandtheit: Das Verfassungsbild des Grundgesetzes	210
1. Das Grundgesetz als Gegenentwurf: Abgrenzung von Totalitarismus und Faschismus	211
2. Das Grundgesetz als Werteordnung: Rückbesinnung auf tradierte Grundrechte und Neukonzeption	214
3. Das Grundgesetz als Grundnorm: Vorrang der Verfassung und verselbstständigte Verfassungsgerichtsbarkeit	218
4. Das Grundgesetz als Zukunftsentwurf: Integrationsbereitschaft und offene Staatlichkeit	226
5. Das Grundgesetz als perfektionistisches Provisorium: „Das Staatsrecht hört nicht auf“	228
II. Historische Lehren und bekannte Pfade: Die Organisations- und Strukturprinzipien des Grundgesetzes	230
1. Republikanische Determinationen	231
2. Rechtsstaatliche Dispositionen	233
3. Demokratische Konzeptionen	239
4. Föderalistische Traditionen	245
5. Sozialstaatliche Variationen	255
E. Der Verfassungsstaat des Grundgesetzes: Geschichtsfeste und geschichtsoffene Ordnung	258
 2. Abschnitt. Attribute der (supranational geöffneten) Staatlichkeit	
§ 5 Die Souveränität (Nettesheim)	261
A. Die Vielschichtigkeit des Souveränitätskonzepts	261
I. Funktionen	262
II. Formen	263
1. Souveränität als politisch-symbolische Eigenschaft	263
2. Souveränität als Konzept des positiven Rechts	265
B. Der Wandel und die Aufspaltung des Souveränitätsverständnisses	266
C. Souveränität im heutigen Rechtsdenken	271
I. Bezugssystem des Völkerrechts	272
II. Bezugssystem des Staats- und Verfassungsrechts	276
1. Staatssouveränität	277
2. Souveräne Staatsgewalt	280
3. Volkssouveränität	280
D. Die Zukunft der Souveränität: Freiheit von Rechtfertigung	282

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Staatsgebiet – und europäischer Raum ohne Binnengrenzen (Gärditz)	285
A. Staatsgebiet, Territorialität und Grenze	285
I. Staatsgebiet als Rechtsbegriff	288
II. Warum Grenzen?	288
III. Staatsgebiet und völkerrechtlicher Staatsbegriff	290
IV. Das Staatsgebiet und die Delimitation von Hoheitsgewalt	292
1. Geltung und Anwendungsraum einer Rechtsordnung	292
2. Völkerrechtliche Grenzen extraterritorialer Regelungsgewalt	293
3. Regelungsgewalt und allgemeine Regeln des Völkerrechts	294
4. Differenzierte Ausgestaltung nach innerstaatlichem Recht	295
B. Deutsches Staatsgebiet	296
I. Staatsgebiet, Staatlichkeit und Verfassungsidentität	296
II. Gebietsregimes bis zur Wiedervereinigung	297
1. Staatsgrenze zur DDR	297
2. Diskussion über die Rechtskontinuität eines deutschen Staates	298
3. Die Gebietsfrage bis zur Wiedervereinigung	299
III. Staatsgebietsfestlegungen unter dem Grundgesetz	300
1. Grenzverfassungsrecht	301
2. Konsolidierung des Staatsgebiets im Zuge Wiedervereinigung	302
3. Grenzvertragsrecht	303
4. Beitritt zum Bundesgebiet	306
5. Sezessionsverbot	307
IV. Land- und Seegrenzen, Luftraum	308
1. Landgrenzen	308
2. Binnengewässer, Hoheitsgewässer und Seegrenzen	309
3. Luft- und Weltraum	310
4. Keine Extraterritorialität auf deutschem Staatsgebiet	311
V. Landesstaatsgebiet im Bundesstaat	312
C. Europäischer Rechtsraum ohne Binnengrenzen	313
I. Europäische Union als Raumgebilde	314
II. Staatsanaloges Unionsgebiet	314
III. Unantastbarkeit der territorialen Integrität der Mitgliedstaaten	316
D. Staatsgebiet und Grenzregimes im Spiegel der Grund- und Menschenrechte	316
I. Grenzregime als Grundrechtseingriff	317
II. Grenzregime als grundrechtliches Schutzversprechen	317
III. Staatsgebietsüberschreitender Grundrechtsschutz	319
§ 7 Staatsangehörigkeit, Staatsvolk in Bund und Ländern, Unionsbürgerschaft (Friehe)	321
A. Das deutsche Volk	321
I. Die politische Nation als rechtsphilosophischer Begriff	322
1. Nation als Kulturgemeinschaft	322
2. Nation als historisch kontingente Erscheinung	323
3. Nation als demokratische Vertrauens- und Verantwortungsgemeinschaft	324
II. Das deutsche Staatsvolk als Rechtsbegriff	325
1. Das Volk im Völkerrecht	326
2. Das Volk im Grundgesetz	326
B. Die deutsche Staatsangehörigkeit	332
I. Staatsangehörigkeit im Völkerrecht	332
II. Staatsangehörigkeit im deutschen Recht	334
1. Begriff der Staatsangehörigkeit	334

Inhaltsverzeichnis

2. Geschichtliche Entwicklung der deutschen Staatsangehörigkeit .	334
3. Überblick über das geltende Staatsangehörigkeitsrecht	339
III. Grundsatz der Vollmigration	344
1. Denizenship als Zwischenstatus?	344
2. Zulassung von Mehrstaatigkeit?	345
C. Landesvolk und Landesstaatsangehörigkeit	347
D. Unionsbürgerschaft	349
I. Akzessorietät der Unionsbürgerschaft	349
II. Unionsbürgerrechte	351
1. Aufenthaltsrecht	351
2. Wahlrecht und politische Beteiligung	352
3. Gleichbehandlung bei diplomatischem Schutz	353
III. Unionsbürgerschaft – auf dem Weg zum europäischen Bundesstaat?	353
1. Unitarisierung durch Rechtsprechung?	354
2. Ausübung eines europäischen pouvoir constituant	355
§ 8 Staatsgewalt in Bund und Ländern, unionale Hoheitsgewalt, die exekutivföderalistische Grundstruktur der Bundesrepublik und der EU (Möstl)	357
A. Eigenschaften der Staatsgewalt und Gewaltmonopol des Staates	357
B. Staatsgewalt/Hoheitsgewalt in Bundesstaat/Staatenverbund und die exekutivföderalistische Grundstruktur der Bundesrepublik und der EU ..	362
§ 9 Staatspflege, staatliche Symbole und Selbstdarstellung des Staates (Müller-Franken)	366
A. Staatspflege	366
I. Lebendighalten der Bereitschaft zum Staat	366
II. Selbstdarstellung des Staates	368
III. Staatliche Symbole	369
1. Begriff	369
2. Formen	370
3. Rechtlicher Schutz	371
B. Pflege der Bereitschaft zur Integration in inter- und supranationale Organisationen	371
I. Analoge Ausgangslage	371
II. Internationale Organisationen	372
III. Supranationale Organisationen	372
C. Staatliche Symbole des vom Grundgesetz verfassten Staates	373
I. Grundlagen	373
1. Ausgangslage	373
2. Kompetenz	374
3. Rechtsquellen	376
4. Verbindlichkeit	376
II. Einzelne staatliche Symbole der Bundesrepublik Deutschland	377
1. Bundesflagge	377
2. Bundeswappen und Dienstsiegel	380
3. Nationalhymne	381
4. Hauptstadt	382
5. Nationalfeiertag	384
6. Orden und Ehrenzeichen	384

Inhaltsverzeichnis

3. Abschnitt. Verfassungsrechtliche Grundlagen

§ 10 Verfassungsentwicklung: Gebung, Änderung, Wandel und Ablösung des Grundgesetzes (Depenheuer)	387
A. Das Paradox der Zeitlichkeit einer „ewigen“ Verfassung	388
I. Verfassung als entzeitete Legitimationsquelle	388
II. Verfassung in der Zeit	388
III. Grundlegende Raster der Problemanalyse	389
B. Verfassungsgebung – die Geburt der Normativität aus dem Geist der Faktizität	391
I. Verfassungsgebung als Ursprung des Normativen	391
II. Begriff der verfassungsgebenden Gewalt	392
III. Gründungserzählungen von Verfassungen	394
1. Normative Gründungserzählungen	394
2. Ewigkeitsanspruch	395
3. Typologie der Entstehung von Verfassungen	396
IV. Latente Präsenz der verfassungsgebenden Gewalt	396
C. Verfassungsänderung	397
I. Grundsatz: Begrenzte Änderbarkeit des Verfassungsgesetzes	397
1. Ausgleich zwischen Starrheit und Flexibilität als Herausforderung	397
2. Verfassungshistorischer Hintergrund	399
3. Das Regelungskonzept des Art. 79 GG	400
II. Die verfassungsändernde Gewalt als <i>pouvoir constitué</i>	401
III. Form der Verfassungsänderung: Änderung des Wortlautes durch Gesetz (Art. 79 Abs. 1 GG)	402
IV. Verfahren der Verfassungsänderung: qualifizierte Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften (Art. 79 Abs. 2 GG)	402
V. Kein Verfassungsreferendum durch Volksentscheid	403
VI. Materielle Schranken der Verfassungsänderung (Art. 79 Abs. 3 GG) ..	404
1. Identitätssicherung durch Unabänderbarkeit des Verfassungskerns	404
2. Die „Gliederung des Bundes in Länder“	404
3. Die „grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung“	406
4. Die „in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze“	406
5. Unabänderlichkeit der Staatlichkeit Deutschlands im Europäischen Integrationsprozess	409
6. Unabänderlichkeit des Art. 79 Abs. 3 GG	409
VII. Verfassungsänderungen in der Verfassungsgeschichte der BRD	410
D. Verfassungswandel	411
I. Begriff und Problemgeschichte	411
II. Problemstruktur	413
1. Verfassung und Zeit	413
2. Kontextverwiesenheit der Verfassung	414
3. Verfassungswandel durch Interpretation	414
III. Verfassungswandel und Verfassungsgericht	415
1. Die Frage nach der Kompetenz	415
2. „Verfassungswandelnde“ Urteile des BVerfG	416
3. Die Legitimationslücke	417
4. Ausrufung einer „verfassungswandelnden Gewalt“ des Verfassungsgerichts	418

Inhaltsverzeichnis

5. Invisibilisierungsstrategien	419
6. Eindämmungsstrategien	420
IV. Verfassungswandel als verfassungsgerichtlicher Rechtsprechungswandel	421
1. Unterscheidung von Verfassung und Urteil	422
2. Vom Urteil zum Verfassungsgerichtspositivismus	423
3. Offenheit der Verfassung	425
E. Verfassungsablösung	427
I. „Verfassungsablösung“ als Spezifikum des Grundgesetzes	427
II. Sinn und Zweck des Art. 146 GG aF	427
III. Art. 146 GG nF als Herausforderung	428
IV. Verfassungsablösung als Rechtsbegriff	429
1. Verfassungsablösende als verfassungsgebende Gewalt?	430
2. Verfassungsablösung als Verfassungsänderung	431
3. Verfassungsablösende Gewalt als eigenständiges Rechtsinstitut ..	432
4. Verfassungsablösung und „Warnfunktion“ des Art. 79 Abs. 3 GG	433
§ 11 Verfassungsidentität und Schutz der Verfassung (Gärditz)	435
A. Verfassungstheorie der Verfassungsidentität	436
I. Verfassung und Verfassungsgesetz?	436
II. Stabilisierung von Verfassungsstrukturen	437
1. Verfassungsändernde Gewalt im Legalitätsrahmen der verfassungsgebenden Gewalt	438
2. Ewigkeitsgarantie?	439
3. Demaskierung der Revolution?	440
4. Verfassungsinhärente Steuerung von Änderungsprozessen ..	440
III. Positivierung invarianter Verfassungskerne	442
IV. Streitbare Demokratie als demokratietheoretisches Dilemma?	442
V. Verfassungsidentität als institutionelles Zeitproblem	445
B. Verfassungsidentität des Grundgesetzes	448
I. Bedeutung	449
II. Inhalt des änderungsfesten Verfassungskerns (Art. 79 Abs. 3 GG) ..	450
1. Verhältnis zu anderen Verfassungsbestimmungen	451
2. Berührung von Kernstrukturen	461
3. Materielle Schranken	461
4. Rechtsfolgen	476
5. Änderbarkeit der Verfassungsidentität?	477
6. Prozessuale Durchsetzung	478
III. Verfassungsidentität im Unionsverfassungsrecht	478
1. Kompetenztransferschranke (Art. 23 Abs. 1 S. 3 GG)	479
2. Unionsrechtliche Verfassungsidentität der Mitgliedstaaten	484
3. Europäische Verfassungsidentität	486
4. Prozessuale Durchsetzung	487
C. Schutz der Verfassung	489
I. Informationeller Verfassungsschutz	491
II. Parteiverbote als materieller Verfassungsschutz	493
1. Voraussetzungen eines Parteiverbots	494
2. Ausschluss von der Parteienfinanzierung	497
III. Verfassungstreue und öffentlicher Dienst	498

Inhaltsverzeichnis

2. Kapitel. Strukturprinzipien und Aufgaben

1. Abschnitt. Die Verfassungsgrundentscheidungen des Grundgesetzes

§ 12 Struktursicherung und Homogenität im Verfassungsverbund

(H. A. Wolff)	501
A. Grundlagen	502
I. Schutz der Identität der Verfassung und ihre Bedeutung für den Staat	502
1. Die Schutzbedürftigkeit der Verfassungsnormen	502
2. Der geschützte Kernbestand – die Identitätssicherung	503
3. Schutzrichtung der Identitätssicherung	504
4. Die zweifache Schutzrichtung des Identitätsschutzes	505
II. Die wichtigsten Kernbereichsschutznormen des Grundgesetzes im Überblick	506
1. Allgemein	506
2. Art. 79 GG	506
3. Art. 23 Abs. 1 GG	506
4. Art 28 GG	507
5. Sekundäre und ergänzende Garantien	518
B. Struktursicherungen im Verfassungsstaat	519
I. Grundlagen	519
II. Funktionen der Struktursicherung	520
1. Begrenzung eingeräumter Gestaltungsbefugnis	520
2. Schutz vor Geltungsverlust	521
3. Legitimierende Funktion	521
III. Kontrolle der Strukturklausel	522
C. Homogenitätsgebot	522
I. Allgemein	522
1. Grundlagen	522
2. Begriff der Homogenitätsanforderung	523
3. Die Homogenitätsanforderung bei Art. 79 GG	523
4. Einflussmöglichkeit der Länder bei Art. 28 GG	523
5. Horizontale und vertikale Homogenitätsanforderungen	524
II. Ratio der Homogenität	524
III. Inhalt der Homogenität	525
IV. Ergänzende Garantien	525
1. Kompetenznormen	525
2. Treupflichten	526
3. Kollisionsnormen	526
D. Die vom Grundgesetz gesicherten Strukturen	526
I. Festlegung auf eine Eigenstaatlichkeit	526
II. Festlegung auf die Republik	527
1. Textbefund	527
2. Inhaltliche Vorgabe	527
III. Föderale Vorgaben	527
1. Textbefund	527
2. Gefährdungslagen	527
3. Schutzrichtungen	528
4. Kompensationsmöglichkeiten	528
5. Erfüllung	529

Inhaltsverzeichnis

IV. Demokratiegebot	529
1. Textbefund	529
2. Inhaltliche Garantien	529
V. Rechtsstaatsprinzip	532
1. Textbefund	532
2. Reichweite	532
VI. Grundrechtliche Gewährleistungen	533
1. Textbefund	533
2. Menschenwürdegarantie	533
3. Sonstige grundrechtliche Gewährleistungen	534
VII. Gebot der sozialen Grundsätze	534
1. Textbefund	534
2. Reichweite	534
VIII. Singuläre Homogenitätsanforderung gegenüber Europa	535
1. Subsidiarität	535
2. Verbot der Bundesstaatlichkeit	535
3. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	536

2. Abschnitt. Republik, Demokratie, Rechtsstaat

§ 13 Das republikanische Prinzip (Müller-Franken)	537
A. Allgemeines	538
I. Normativität des Begriffs Republik	538
II. Interpretatorische Ausgangslage	538
III. Verschiedene Zugriffe	539
B. Begriffsgeschichte	540
I. Republik als staatsethisches Programm	540
II. Republik als Kennzeichen einer Form wie auch einer Art staatlicher Herrschaft	541
1. Griechisches Staatsdenken	541
2. Staatsdenken der Renaissance	542
3. Staatsdenken in der Zeit der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika und der französischen Revolution	542
III. Republik als auf dem Prinzip der Freiheit gegründetes Gemeinwesen	543
C. Normative Gehalte	544
I. Festlegung der Staatsform	544
II. Materiales Verständnis	545
1. Sinnzusammenhang	545
2. Verfassungsgeschichte	546
3. Entstehungsgeschichte	547
III. Inhaltliche Einzelaussagen	548
1. Staatliche Herrschaft	548
2. Stellung des Bürgers	550
D. Normative Wirkungsdimensionen	551
I. Norm, Rechtsprinzip und Rechtsregel	551
II. Schleusenbegriff	552
E. Grenze der Verfassungsänderung, Art. 79 Abs. 3 GG	553
F. Völkerrecht und Recht der Europäischen Integration	553
I. Völkerrecht	553
II. Recht der Europäischen Integration	554
G. Die Ebene der Bundesländer	554
I. Vorgaben des Bundesverfassungsrechts	554

Inhaltsverzeichnis

1. Gebot der Homogenität, Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG	554
2. Veränderbarkeit	555
II. Landesverfassungsrecht	555
§ 14 Das demokratische Prinzip (Brenner)	557
A. Die universelle Strahlkraft des demokratischen Prinzips	558
I. Ungebrochener Siegeszug, jedenfalls in dem Freiheitsideal verpflichteten Staaten	558
II. Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und Offenheit, aber auch Konturlosigkeit	559
III. Rechts- und politikwissenschaftliche Interpretationen des Prinzips	560
IV. Überlagerungen und Gefährdungen des Prinzips	560
1. Neue Formen außerparlamentarischer Opposition	561
2. Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit	561
3. Stärkung der Exekutive	562
4. Das demokratische Prinzip und Populismus	562
5. Globalisierung	563
6. Internetbasierte und elektronische Demokratie	564
V. Herausforderungen und Perspektiven in der Zukunft	565
B. Demokratie als Selbstregierung des Volkes	565
I. Die Notwendigkeit einer organisatorischen Einbettung des Prinzips	566
II. Demokratie als Herrschaft des Volkes	566
III. Ausformungen demokratischer Legitimationsvermittlung	567
1. Personelle demokratische Legitimation	567
2. Sachlich-inhaltliche demokratische Legitimation	568
3. Institutionelle und funktionelle demokratische Legitimation	568
4. Das Verhältnis verschiedener Legitimationsformen zueinander ..	569
IV. Die grundlegenden Eckpfeiler des demokratischen Prinzips	569
1. Gleichheit als Grundvoraussetzung des demokratischen Prinzips	570
2. Freiheitlichkeit und Offenheit des Willensbildungsprozesses	571
3. Pluralistischer Wettbewerb der Parteien	572
4. Die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Konsenses	573
C. Das demokratische Prinzip des Grundgesetzes	574
I. Die Rechtsentwicklung seit 1949	574
II. Das demokratische Prinzip als grundlegendes Staatsstrukturprinzip des Grundgesetzes	575
III. Die Volkssouveränität als Herzstück des demokratischen Prinzips	576
1. Das Volk	577
2. Die Staatsgewalt	578
3. Wahlen als Herzstück des demokratischen Prinzips	579
4. Abstimmungen	585
D. Verfassungsrechtliche Flankierungen des Demokratieprinzips	585
I. Das Rechtsstaatsprinzip	585
II. Bundesstaatlichkeit	586
III. Wehrhaftigkeit	587
IV. Der Grundrechtskanon	588
E. Das demokratische Prinzip in den Bundesländern	588
I. Die Vorgaben des Homogenitätsprinzips	589
II. Die Verankerung des demokratischen Prinzips in den Verfassungen der Länder: Überblick	589
III. Weitere Ausformungen des demokratischen Prinzips	592

F. Das demokratische Prinzip in der europäisch integrierten Bundesrepublik	593
I. Europäische Hoheitsakte in Deutschland und demokratische Legitimation	593
II. Der Lösungsansatz: Die Singularität der europäischen Integration ..	593
1. Demokratische Legitimation durch deutsche Staatsorgane	594
2. Demokratische Legitimation durch das Europäische Parlament ..	594
III. Grenzen der Integration mit Blick auf das demokratische Prinzip ..	595
IV. Prozessuale Absicherung des Demokratieprinzips im europäischen Integrationsprozess	595
§ 15 Das rechtsstaatliche Prinzip (H. A. Wolff)	597
A. Begriff	600
I. Betonung des Rechts als Steuerungsmittel	600
II. Weitere Funktionen	601
III. Entwicklung des Begriffs	602
B. Entstehung und geschichtliche Entwicklung des Rechtsstaates	602
I. Allgemein	602
II. Beginn des Verfassungsstaates	603
III. Weimarer Reichsverfassung.	605
IV. NS-Zeit	606
V. Beratungen des Parlamentarischen Rates	606
C. Die Entscheidung des Grundgesetzes für das rechtsstaatliche Prinzip	607
I. Fülle einzelner rechtsstaatlicher Garantien	607
II. Formeller und materieller Rechtsstaat	607
1. Allgemeines	607
2. Formelle Rechtsstaatlichkeit	607
3. Materielle Rechtsstaatlichkeit	607
4. Verhältnis beider Ausprägungen	608
III. Geschriebene Einzelgewährleistungen	608
IV. Ungeschriebene Einzelgewährleistungen	609
V. Das materielle Rechtsstaatsprinzip als eigene Aussage	610
1. Anerkennung als Prinzip	610
2. Rechtsquelle	611
3. Inhalt	612
VI. Bedeutungsebenen des Rechtsstaates	614
1. Staatsstrukturentscheidung	614
2. Verfassungsprinzip	615
3. Staatszielbestimmung	615
4. Rolle der Rechtsordnung	615
VII. Prinzip mit inneren Spannungen	616
VIII. Art. 79 Abs. 3 GG und Rechtsstaatsprinzip	616
D. Zusammenschau des Rechtsstaatsgrundsatzes mit anderen Verfassungsprinzipien	616
I. Das Verhältnis von Rechtsstaat und Demokratie	616
II. Das Verhältnis von Rechtsstaat und Sozialstaat	618
III. Das Verhältnis von Rechtsstaat und Bundesstaat	618
IV. Das Verhältnis von Rechtsstaat und Republik	619
E. Die wichtigsten geschriebenen Einzelgewährleistungen des rechtsstaatlichen Prinzips	619
I. Die Menschenwürdegarantie	619
II. Gewaltenteilung	619
1. Überblick	619

Inhaltsverzeichnis

2. Zwecke	620
3. Die drei Funktionen der Staatsgewalt	620
4. Besondere Organe	621
5. Zuweisung	622
6. Gewalt	622
7. Verschränkungen	623
III. Vorrang der Verfassung	623
1. Die Gesamtanalogie	623
2. Der generelle Vorrang der Verfassung	623
3. Speziell Art. 20 Abs. 3 S. 1 GG – Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung	626
4. Die Unverbrüchlichkeit der Verfassung	626
IV. Die Bindung an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 GG)	627
1. Der Textbefund	627
2. Auslegungsvarianten	628
3. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	630
4. Gesetzesbindung der Rechtsprechung – Art. 97 GG	636
V. Die rechtsstaatliche Rechtsschutzgarantie	639
1. Die allgemeine Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG ...	639
2. Der ungeschriebene allgemeine Justizgewährleistungsanspruch	640
F. Die wichtigsten ungeschriebenen Einzelgewährleistungen des rechtsstaatlichen Prinzips	642
I. Ungeschriebene Verfassungsgrundsätze in Ergänzung zu geschriebenen	642
II. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	642
1. Inhalt	642
2. Qualität	642
3. Entwicklung	642
4. Rechtsquelle	643
5. Anwendungsbereich	644
6. Die Elemente des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	645
7. Verhältnismäßigkeit und Schuldgrundsatz	647
III. Untermaßverbot	647
IV. Das Rückwirkungsverbot	648
1. Grundlagen	648
2. Gemeinsame Elemente	649
3. Differenzierungen nach der Art der Rückwirkung	650
4. Grenzen bei echter Rückwirkung	651
5. Grenzen der unechten Rückwirkung	652
V. Das Bestimmtheitsgebot	654
1. Inhalt	654
2. Grundlagen	654
3. Konkretisierung des Inhalts	655
VI. Das Gebot der Ausfertigung und Publikation von Normen	659
1. Publikationspflicht	659
2. Ausfertigungspflicht	660
3. Gesetzessprache	660
G. Die wichtigsten Vorgaben als Verfassungsprinzip	660
I. Rechtsklarheit	660
1. Trennung zwischen Rechtssicherheit und Rechtsklarheit	660
2. Inhalt	661
3. Bekanntgabe von Rechtsakten	661

Inhaltsverzeichnis

4. Geltungsverlust von Rechtsakten	661
5. Existenz von Kollisionsregeln	662
II. Rechtssicherheit	662
1. Allgemein	662
2. Inhalt	663
3. Rechtsfolgen	663
4. Spannungsverhältnis	663
5. Grundsatz des Vertrauensschutzes	664
6. Gewaltenspezifische Ausprägungen der Rechtssicherheit	664
III. Haftungsverantwortung	667
1. Allgemein	667
2. Ausgestaltungserfordernis	668
3. Bestehendes System	668
IV. Gerechtigkeitsgebot	668
1. Materielle Gerechtigkeit	669
2. Einzelfallgerechtigkeit	669
3. Gerechtigkeitsidee	669
H. Die wichtigsten Vorgaben als Staatsziel	670
I. Allgemein	670
II. Gesamtrechtsordnung	670
1. Bausteine einer Rechtsordnung	670
2. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	671
III. Rechtsquelle für Rechtskonkretisierungen	675
IV. Schaffung einer gerechten Rechtsordnung durch einfaches Recht	675
1. Zivilrechtsordnung und Strafrechtsordnung	675
2. Anforderungen an die gerichtliche Organisation und Verfahren	675
3. Anforderungen an das Verwaltungsrecht	679
V. Rechtsstaat als Argument	682
VI. Vorgaben für den Umgang mit der Rechtsnorm	682
1. Allgemein	682
2. Auslegungsregeln	682
3. Prinzipielle Normtextstrenge	682
4. Lückenschließung	683
I. Übergreifende Rechtsstaatlichkeit	683
I. Die Rechtsstaatlichkeit im Bundesstaat	683
II. Der Rechtsstaat in Europa	683
III. Rechtsstaatsprinzip als Einpassungsgebot	684

3. Abschnitt. Mehrebenenstruktur

§ 16 Das bundesstaatliche Prinzip (<i>Lindner</i>)	686
A. Die Entscheidung des Grundgesetzes für das Bundesstaatsprinzip	687
I. Aussagen des Grundgesetzes zur Bundesstaatlichkeit	688
II. Zwei- oder dreigliedrige Konstruktion des deutschen Bundesstaates?	690
1. Aussagen des Grundgesetzes	690
2. Souveränität und Dreistufigkeit	691
B. Allgemeine Grundlagen des Bundesstaatsprinzips	692
I. Idee und Funktionen des Bundesstaatsprinzips	692
1. Verfassungshistorische Funktion – zur Geschichte des deutschen Bundesstaats	693
2. Vertikale Gewaltenteilung und Gewaltenhemmung	694

Inhaltsverzeichnis

3. Wettbewerb durch Föderalismus, unitarischer Bundesstaat, Föderalismusreformen	695
4. Der Topos von der Einheitlichkeit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse	696
II. Das Bundesstaatsprinzip im System des Grundgesetzes	697
1. Bundesstaatsprinzip und andere Strukturprinzipien	697
2. Bundesstaatsprinzip und Grundrechte	697
3. Bundesstaatsprinzip und Gleichbehandlungsgrundsatz	698
III. Allgemeine Rechtsstrukturen des Bundesstaatsprinzips (Überblick)	700
C. Statusfragen	702
I. Staatsqualität, Eigenstaatlichkeit der Länder	702
1. Analytische Begründung a priori	702
2. Staatsadäquate Kompetenzausstattung der Länder	702
3. Ausschluss, Austritt, Sezession	703
II. Aufhebung der Eigenstaatlichkeit der Länder in einer neuen Verfassung nach Art. 146 GG?	704
III. Die Rechtsstellung der Länder in der EU	705
1. Keine Mitgliedschaft der Länder in der EU	705
2. „Landesblindheit“ der EU	705
3. Konsequenzen	706
4. Überlagerungen von Landesrecht durch EU-Recht	707
D. Grundgesetz und Landesverfassungen	708
I. Ausgangspunkt: Die Verfassungsautonomie der Länder	709
II. System der Beschränkungen der gliedstaatlichen Verfassungsautonomie	709
1. Unmittelbare Bindung der Landesstaatsgewalt an das Grundgesetz	709
2. Bindung in der Modalität der Mindeststandarterfüllung (Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG)	710
3. Art. 31 GG: Bindung als Nichtwiderspruchsvorbehalt	710
4. Bindung durch Selbstbindung	710
III. Normen des GG ohne oder mit nur beschränkter Bindungswirkung für die Länder	711
IV. Grundgesetzliche Durchgriffsnormen	712
V. Parallelgewährleistungen im Grundgesetz und in der Landesverfassung	713
1. Parallelgewährleistung mit ausdrücklicher bundesverfassungsrechtlicher Billigung	714
2. Parallelgewährleistung mit impliziter bundesverfassungsrechtlicher Billigung	714
3. Parallelgewährleistung in der Modalität widerspruchsfreier Koexistenz	715
4. Potenzielle Parallelgewährleistung	716
VI. Das Problem der sog. „Bestandteilsnormen“	716
1. Das Phänomen „Bestandteilsnorm“ und sein systemsprengendes Potenzial	716
2. Fallgruppen	717
3. Grundelemente einer Dogmatik der Bestandteilsnorm	718
E. Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	720
I. Grundprinzip: Das kompetenzielle Regel-Ausnahme-Verhältnis zu Gunsten der Länder	720
II. Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	721

Inhaltsverzeichnis

III. Verteilung der Verwaltungskompetenzen	722
1. Der Grundsatz getrennter Verwaltungsräume	722
2. „Mischverwaltung“ als Ausnahme	722
IV. Verteilung der Rechtsprechungskompetenzen	723
V. Verteilung der Kompetenzen der auswärtigen Gewalt	723
F. Kollisionsregeln	724
I. Die grundrechtliche Geltungserhaltungsklausel des Art. 142 GG ..	724
II. „Bundesrecht bricht Landesrecht“: Art. 31 GG	725
1. Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 31 GG	725
2. Rechtsfolge	727
G. Aufsichts- und Gewährleistungsregeln (insbesondere zur Durchsetzung des Bundesrechts)	727
I. Durchsetzung des Bundesrechts durch die Länder	728
II. Durchsetzung des Bundesrechts durch den Bund	728
H. Verfassungsgerichtsbarkeit im deutschen Bundesstaat	729
I. Keine bundesverfassungsrechtliche Pflicht zur Einrichtung von Landesverfassungsgerichten	729
II. Grundfunktion der Landesverfassungsgerichte	729
III. Verhältnis von BVerfG und Landesverfassungsgerichten	730
1. Verfahrenskumulationen und Subsidiaritätsverhältnisse	730
2. Überprüfung landesverfassungsgerichtlicher Entscheidungen durch das BVerfG?	733
3. Vorlagepflichten	733
4. Bindung der Landesverfassungsgerichte an die Rechtsprechung des BVerfG?	734
5. Die Landesverfassungsgerichte als funktionale Bundes- Verfassungsgerichte?	735
IV. Exkurs: Landesverfassungsgerichte und EU-Recht	738
I. Intraföderale Kooperation und Koordination (insbesondere durch Staatsverträge)	739
I. Zur Notwendigkeit von Koordinierung im Bundesstaat	739
II. Koordinierungsinstrumente	740
III. Insbesondere: Der Länderstaatsvertrag	741
J. Der Grundsatz der Bundestreue	743
§ 17 Die kommunale Selbstverwaltung (Dietlein)	747
A. Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung	747
I. Zielsetzung und ideengeschichtliche Grundlagen	747
II. Die Stellung der Kommunen im Staat	750
III. Kommunale Selbstverwaltung im Föderalstaat	751
IV. Dogmatische Grundkonstruktion und Gewährleistungsebenen von Art. 28 Abs. 2 GG	753
1. Traditionelle Systematisierung des Gewährleistungsgehalts	753
2. Notwendige Fortentwicklungen	755
B. Institutionelle Garantie einer Gemeinde- und Gemeindeverbands- ebene	760
C. Schutz des individuellen Bestands von Gemeinden und Gemeindeverbänden	762
D. Die verfassungsrechtliche Gewährleistung des kommunalen Aufgabenbereichs	764
I. Verfassungsunmittelbare Aufgabengarantie der Gemeinden	764
1. Gegenständliche Reichweite der Aufgabengarantie	764
2. Aufgabenentzug und seine Rechtfertigung	768

Inhaltsverzeichnis

3. Zuständigkeitsbegrenzende Wirkungen der Aufgabengarantie	772
II. Staatliche Determinierung des gemeindlichen Aufgabenbestands jenseits der Aufgabengarantie	772
1. Zuweisung „fremder“ Aufgaben an die Gemeinden	772
2. Pflicht zur Wahrnehmung von Selbstverwaltungsaufgaben	774
III. Institutionelle Aufgabengarantie der Gemeindeverbände	775
E. Garantie der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung	777
F. Finanzielle Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung	783
G. Ergänzende Gewährleistungsgehalte	788
I. Gebot interkommunaler Gleichbehandlung	788
II. Art. 28 Abs. 2 GG als Vermögensschutznorm?	789
H. Prozessuale Absicherung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie	790
I. Ausblick und Herausforderungen an die kommunale Selbstverwaltung	793
§ 18 Supranationale Öffnung – Europafreundlichkeit und Grenzen der Integrationsgewalt (Gundel)	795
A. Die unionsrechtlichen Vorgaben für das Verhältnis zum Recht der Mitgliedstaaten	796
I. Unmittelbare Anwendbarkeit und Vorrang des Unionsrechts	796
II. Die Freiheit der Mitgliedstaaten in der dogmatischen Herleitung des Vorrangs in der nationalen Rechtsordnung	799
III. Unionsrechtliche Relativierung des Vorrang-Grundsatzes durch Anerkennung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten?	801
B. Die national-verfassungsrechtliche Anerkennung des Vorrangs des Unionsrechts und seine Grenzen	803
I. Art. 24 GG als historisches Instrument zur Lösung des Vorrangkonflikts	803
II. Die Bestätigung des Ansatzes in der Rechtsprechung des BVerfG	804
III. Die Kodifizierung der Rechtsprechung in Art. 23 GG	805
1. Die modifizierte Fortschreibung des Art. 24 GG	805
2. Die Schaffung von Kompensationen für Verschiebungen im innerstaatlichen Kompetenzgefüge	807
IV. Die weitere Entwicklung	808
C. Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Integration im Einzelnen	809
I. Die verschiedenen „Vorbehaltsfelder“	809
II. Die Grundrechtskontrolle	810
1. Der Schutz des nationalen Grundrechtsstandards als älteste Schicht der nationalen Integrationsgrenzen	810
2. Punktuelle Rückkehr zur Einzelfallkontrolle?	811
3. Mitwirkung des BVerfG an der Ausgestaltung des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes?	812
4. Fazit	815
III. Die Identitätskontrolle	815
1. Die Ewigkeitsklausel als Ausgangspunkt der verfassungsrechtlichen Grenzen der Integration	815
2. Insbesondere: Das Demokratieprinzip auf nationaler und europäischer Ebene	817
3. Fazit	822
IV. Die Ultra-vires-Kontrolle	823
1. Die Konstruktion der Maastricht-Entscheidung	823

Inhaltsverzeichnis

2. Die partielle Entschärfung des Konflikts durch die Honeywell-Entscheidung des BVerfG	826
3. Die Beurteilung der EZB-Programme als Anlass einer dramatischen Zuspitzung des Konflikts	827
4. Parallelen und Nachahmungen in anderen Mitgliedstaaten	829
5. Fazit	829
V. Ergebnisse	830
D. Die prozessualen Wege zur Aktivierung der Integrationssschranken	831
I. Der Ausschluss des Unionrechts als direkter Kontrollgegenstand	831
II. Das Vorgehen gegen Primärrecht	831
1. Das Vertragsgesetz als Kontrollgegenstand	831
2. Die Begründung der Beschwerdebefugnis über Art. 38 GG	832
III. Die Geltendmachung von Verstößen des Sekundärrechts gegen die Integrationssschranken	833
1. Vorgehen gegen bereits erlassenes Sekundärrecht	833
2. Vorgehen gegen die Zustimmung Deutschlands zu Rechtsakten im Rat	834
IV. Die Geltendmachung von Ultra-vires-Handeln der EU-Organen	835
E. Ergebnisse	836
§ 19 Staat, Verfassung und internationales Recht (Puttler)	838
A. Internationale Bindungen Deutschlands und die innerstaatliche Rolle des Völkerrechts	838
B. Begriffe des Völkerrechts: Staat, Rechtsquellen und Rechtsverbindlichkeit	840
I. Deutschland als Staat im Sinne des Völkerrechts	840
II. Die Rechtsquellen des Völkerrechts	840
1. Völkerrechtliche Verträge	841
2. Völkergewohnheitsrecht	842
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze und weitere Rechtsquellen	843
4. Keine Hierarchie zwischen den Rechtsquellen	844
III. Die Verbindlichkeit des Völkerrechts	844
C. Die Geltung von Völkerrecht im deutschen Recht	845
I. Die Notwendigkeit staatlicher Regelung	845
II. Das Verhältnis zwischen deutschem innerstaatlichen Recht und Völkerrecht	846
D. Die Einbeziehung von Völkerrecht in das deutsche Recht	848
I. Methoden der Einbeziehung: Adoption / Inkorporation, Rechtsanwendungsbefehl oder Transformation	848
II. Die Regelungen des Grundgesetzes zur Einbeziehung	850
1. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze: Art. 25 GG	851
2. Völkerrechtliche Verträge: Art. 59 Abs. 2 GG	853
E. Innerstaatliche Anwendbarkeit einer Völkerrechtsnorm	869
I. Allgemeine Regeln des Völkerrechts, insbesondere Art. 25 S. 2 Hs. 2 GG	869
II. Völkerrechtliche Verträge	871
F. Die Bindung staatlicher Stellen an das einbezogene Völkerrecht	872
I. Der Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit	872
II. Rechtliche Folgerungen aus dem Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit	873
III. Die Grenzen der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	875
G. Die innerstaatliche Feststellung von Völkerrecht	877

Inhaltsverzeichnis

4. Abschnitt. Staatsziele und Staatsaufgaben

§ 20 Grundfragen (Schwarz)	879
A. Begrifflichkeiten und geschichtliche Entwicklung	880
I. Staatsaufgaben, Staatszwecke, Gesetzgebungsaufträge, Staatsstrukturprinzipien, Staatsziele	880
1. Staatsaufgaben	881
2. Staatszwecke	883
3. Gesetzgebungsaufträge	884
4. Staatsstrukturprinzipien	884
5. Staatsziele	886
II. Geschichtliche Entwicklung einer Staatszieldogmatik	887
B. Rechtsquellen	888
I. Staatsaufgaben und Staatsziele im Grundgesetz	888
1. Staatsaufgaben unter dem Grundgesetz	888
2. Staatsziele im Grundgesetz	891
II. Staatsziele in Landesverfassungen	898
III. Staatsziele im Europäischen Primärrecht (Art. 3 EUV)	900
1. Frieden	901
2. Werte der Union	902
3. Wohlergehen ihrer Völker	902
4. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	902
5. Binnenmarkt	903
6. Nachhaltige Entwicklung	904
7. Wirtschafts- und Währungsunion	904
8. Weitere Ziele	905
C. Normstruktur von Staatszielen – Zielvorgaben und Zielverwirklichung, Wirkungsweise	906
I. Zielvorgaben	906
II. Zielverwirklichung	906
III. Wirkungsweise	906
§ 21 Das soziale Staatsziel (Rixen)	910
A. Sozialstaatsprinzip: Staatsfundamental-, Staatsstruktur-, Staatszielnorm	910
I. Allgemeine Orientierung, insbesondere zu normtextlichen Orientierungspunkten	910
II. „Weimar“ als Interpretationshorizont: Abgrenzung und Nähe	913
B. Zwischen Genese und Rezeption: Entwicklungsstufen der Interpretation des Sozialstaatsprinzips	914
I. Das Grundgesetz historisch informiert verstehen – das Beispiel des Sozialstaatsprinzips	914
II. Sozialstaat(sprinzip) als Thema der Verfassung	915
1. Wie kam das Sozialstaatsprinzip in die Verfassung?	915
2. Das Sozialstaatsprinzip in der Rechtsprechung des BVerfG	917
3. Sozialstaatsprinzip und BVerfG – Zwischenfazit	922
4. Sozialstaat(sprinzip) in der Verfassungsrechtswissenschaft	923
III. Das Sozialstaatsprinzip – kein verfassungsrechtlicher Maßstab für das Sozialrecht?	924
C. Dogmatik des Sozialstaatsprinzips	925
I. Auftrag zur Auflösung der Spannung zwischen formaler Rechtsgleichheit und tatsächlicher Gleichheit	925
II. Anwendungsfelder gesetzgeberischer Tätigkeit	927

Inhaltsverzeichnis

III. Das Sozialstaatsprinzip in Verwaltung und Rechtsprechung	928
IV. Sozialstaatsprinzip und Grundrechte	929
D. Resümee und Ausblick	930
§ 22 Innere Sicherheit (Gärditz)	933
A. Grundfragen der Sicherheitsverfassung	934
I. Begriff der inneren Sicherheit	934
II. Sicherheitsverfassungsrecht?	936
III. Sicherheitsverfassung: Ein deutscher „Sonderweg“?	938
IV. Sicherheit als Staatsaufgabe	940
B. Sicherheitsverfassung I: Staatsorganisationsrecht	941
I. Verbandskompetenzen und Sicherheitsverfassung	942
1. Föderalisierung der Sicherheitsarchitektur	942
2. Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	944
II. Organkompetenzen und Sicherheitsverfassung	957
1. Parlament und Exekutive	957
2. Kontrollstrukturen	958
C. Sicherheitsverfassung II: Grundrechte	961
I. Abwehrgrundrechte	961
1. Allgemeine Anforderungen: Eingriffsschwellen und Normbestimmtheit	961
2. Typisierung I: Zwangsmaßnahmen	963
3. Typisierung II: Heimliche Überwachung	964
4. Typisierung III: Datenerhebung, -übermittlung und -verwendung	967
5. Bilanz: Nivellierung differenzierter Schutzbereiche und Funktionalisierung	969
II. Schutzpflichten	970
D. Sicherheitsverfassung III: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	973
I. Innere Sicherheit im Unionsrecht und im Unionsraum	973
1. Verschwommener Sicherheitsbegriff	973
2. Gegenseitige Anerkennung und gegenseitiges Vertrauen	974
II. Kompetenzverteilung	976
1. Polizeiliche Zusammenarbeit	976
2. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	976
3. Kapitalmarktrecht als Terrorbekämpfungsrecht	977
4. Vorbehaltsklausel	978
III. Grundrechte	979
§ 23 Äußere Sicherheit und militärische Verteidigung (Schwarz)	980
A. Gefahrenabwehr nach außen und Systemerhaltung als Staats- aufgabe	980
I. Die Staatsaufgabe der Sicherung des Staates nach außen	980
II. Die Entwicklung der Wehrverfassung	981
III. Der Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes	983
IV. Die Parlamentarisierung der Streitkräfte	984
B. Organisationsfragen der militärischen Verteidigung	986
I. Allgemeines	986
II. Die Führung der Streitkräfte	987
1. Der Primat der Politik	987
2. Die Führung der Streitkräfte	989
III. Die Bundeswehrverwaltung	991
IV. Rechtspflege und Militärseelsorge	992

Inhaltsverzeichnis

C. Der Einsatz der Streitkräfte	993
I. Der Einsatz zur Verteidigung	995
II. Der Einsatz außer zur Verteidigung	997
1. Der Einsatz im Innern	998
2. Der Einsatz im europäischen und internationalen Kontext	999
D. Soldaten der Bundeswehr	1003
I. Der Soldat als Integrationsfaktor – Innere Führung	1003
II. Die Wehrpflicht	1005
III. Das Soldatenverhältnis	1008
IV. Rechtsschutzfragen	1011
§ 24 Notstandsverfassungsrecht (Schwarz)	1013
A. Grundfragen eines Notstandsverfassungsrechts	1013
I. Der Ausnahmezustand, der „Vorbehalt des Möglichen“ und das Notstandsrecht des Grundgesetzes	1013
II. Das Bedürfnis nach einer rechtlichen Regelung des Notstandes	1015
III. Ungeschriebenes Notstandsrecht	1016
B. Der innere Notstand	1017
I. Die Regelung des innenpolitischen Notstandes (Art. 91 GG)	1017
II. Die Regelungen des sogenannten Katastrophennotstandes (Art. 35 Abs. 2 und 3 GG)	1018
III. Der Einsatz der Bundeswehr im inneren Notstand	1020
IV. Gerichtliche Kontrolle des inneren Notstandes	1021
C. Der äußere Notstand	1021
I. Spannungsfall, Zustimmungsfall und Bündnisklausel	1021
1. Der Spannungsfall nach Art. 80a Abs. 1 GG	1022
2. Der Zustimmungsfall nach Art. 80a Abs. 1 GG	1023
3. Die Bündnisklausel des Art. 80a Abs. 3 GG	1023
4. Rechtswirkungen von Spannungsfall, Zustimmungsfall und Bündnisklausel	1025
II. Der Verteidigungsfall	1025
1. Der Begriff des Verteidigungsfalles	1025
2. Die Feststellung und Verkündung des Verteidigungsfalles	1026
3. Rechtswirkungen der Feststellung des Verteidigungsfalles	1027
III. Gerichtliche Kontrolle des äußeren Notstandes	1028
D. Der Gesetzgebungsnotstand	1029
I. Begriff des Gesetzgebungsnotstandes	1029
II. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Gesetzgebungsnotstandes ..	1029
1. Voraussetzungen des Gesetzgebungsnotstandes	1029
2. Das Gesetzgebungsverfahren im Gesetzgebungsnotstand	1029
III. Grenzen des Gesetzgebungsnotstandes	1030
E. Das Widerstandsrecht	1031
I. Phänomenologie des Widerstandsrechts	1031
II. Das Widerstandsrecht in verfassungssystematischer Betrachtung ..	1032
III. Normstruktur des Widerstandsrechts – Tatbestand und Rechtsfolge	1033
1. Die Tatbestandsvoraussetzungen	1033
2. Rechtsfolge: Das Recht zum Widerstand	1035
§ 25 Wirtschaftsverfassung, Infrastrukturverantwortung (Becker)	1037
A. Begriff und Gegenstand der Wirtschaftsverfassung	1037
I. Die Evolution der Wirtschaftsverfassung	1038
1. Weimarer Reichsverfassung	1038
2. Die soziale Marktwirtschaft	1039
3. Kein Abschnitt über eine „Wirtschaftsverfassung“	1040

Inhaltsverzeichnis

4. Die frühe Diskussion um die Wirtschaftsverfassung	1041
5. Die Investitionshilfe-Entscheidung und die folgenden Phasen in der Entwicklung der Wirtschaftsverfassung	1042
6. Soziale Marktwirtschaft und Wiedervereinigung	1045
7. Rückzug des Staates aus der Erfüllungsverantwortung	1046
8. Staatliche Verantwortung in Krisenzeiten	1047
9. Unionsrechtliche Einflüsse auf die Wirtschaftsverfassung	1047
II. Bausteine der Wirtschaftsverfassung	1051
1. Grundrechte	1051
2. Selbstverwaltung	1055
3. Gestaltungs- und Sicherstellungsaufträge: Gegengewichte zur grundrechtlichen Freiheitsverbürgung	1055
4. Wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand	1068
5. Privatisierung	1071
B. Infrastrukturverantwortung	1072
I. Bedeutung und Funktion von Infrastruktur	1073
II. Ausdrückliche Regelungen im Grundgesetz	1076
III. Allgemeine Infrastrukturverantwortung	1078
§ 26 Umweltschutz (Lohse)	1081
A. Das Grundgesetz als Umweltverfassung	1081
B. Komplementärer Umweltschutz im Grundgesetz	1084
I. Verrechtlichung der Staatsaufgabe Umweltschutz	1085
1. Ratio des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen	1085
2. Komplementäres System des Umweltschutzes	1087
3. Verantwortung für künftige Generationen als Ausdruck eines Nachhaltigkeitspostulats	1090
4. Geschützte Rechtsgüter des Art. 20a GG in Abhängigkeit vom Schutzziel	1091
5. Funktionen des Art. 20a GG im Verfassungsgefüge	1093
II. Adressaten, Umfang und Inhalt der Verpflichtung	1094
III. Individualrechtsschutz und Kontrollmöglichkeiten	1098
IV. Praktische Bedeutung	1099
C. Umweltschutz als Mehrebenenaufgabe	1101
I. Föderale Ebene	1101
1. Landesverfassungen als Vorbilder und Experimentierfeld	1101
2. Verstärkungswirkung und überschießender Schutz	1104
II. Europäisierung und Internationalisierung des Umweltschutzes	1106
1. Zielbestimmung und Prozeduralisierung durch internationales Recht	1106
2. Unionsrechtliche Überformung des grundgesetzlichen Umweltschutzes	1109
D. Eine Umweltverfassung für die Zukunft	1111
I. Rechtsvergleichender Befund	1111
II. Ansatzpunkte für Reformen	1112
§ 27 Kultur (Germelmann)	1115
A. Kultur, Kulturstaatlichkeit und Kulturverfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland	1115
I. Begrifflichkeiten	1116
1. Kulturstaat und Kulturverfassungsrecht	1116
2. Der Begriff der Kultur im verfassungsrechtlichen Sinne	1117
II. Staatliches Handeln im Kulturbereich	1122

Inhaltsverzeichnis

B. Die positivrechtliche Verankerung der Kultur im deutschen Verfassungsrecht	1123
I. Das Kulturverfassungsrecht des Grundgesetzes	1123
1. Die grundrechtliche Dimension des Kulturverfassungsrechts des Grundgesetzes	1124
2. Kulturförderpflichten des Staates nach Maßgabe des Grundgesetzes	1129
3. Die Bedeutung der Grundrechte für Kulturförderung und kulturelle Teilhabe	1132
II. Kultur im Landesverfassungsrecht	1135
1. Kultur und Kulturförderung als Staatsziel	1135
2. Der Schutz des kulturellen Erbes in den Landesverfassungen	1137
3. Bildungs- und Erziehungsziele in den Landesverfassungen	1139
4. Schwerpunkte landesgrundrechtlicher Gewährleistungen im Kulturbereich	1140
5. Die Rolle der Sprache im deutschen Kulturverfassungsrecht	1141
C. Kulturverfassungsrecht in der bundesstaatlichen Ordnung	1143
I. Bundeskompetenzen im Kulturbereich	1145
II. Kooperative Aufgabenerfüllung von Bund und Ländern im Kulturbereich	1147
D. Fazit	1149
§ 28 Digitalisierung (Michael)	1151
A. Bedeutung des Digitalisierungsprozesses für das Verfassungsrecht und die Staatlichkeit	1151
I. Die dynamische Entwicklung der Digitalisierung	1151
II. Prämissen und Entwicklungsperspektiven des Verfassungsrechts	1153
III. Die sich wandelnde Staatlichkeit im Prozess der Digitalisierung	1155
IV. Funktionen der Rechtsetzung, der Verfassungsgerichte und der Rechtswissenschaft	1156
B. Grundrechte	1157
I. Menschenwürde	1157
II. Datenschutz im Grundrechtswandel	1158
III. Grundrechtliche Schutzpflichten gegen Freiheitsbeeinträchtigungen durch Digitalisierung	1159
IV. Chancen und Risiken für den grundrechtlichen Schutz gegen Diskriminierung	1162
V. Effektiver Rechtsschutz gegen maschinelle Entscheidungen	1165
C. Organisationsrechtliche Prinzipien	1167
I. Rechtsstaatsprinzip	1167
II. Grundprinzipien der Delegation	1168
III. Demokratieprinzip	1169
IV. Bundesstaatsprinzip und europäisches Mehrebenensystem	1169
D. Methodische Fragen und Ausblick	1169
5. Abschnitt. Säkularität des Verfassungsstaates	
§ 29 Staatskirchenrecht (Uhle)	1171
A. Grundlagen des Staatskirchenrechts	1172
I. Gegenstand und Begriff	1172
II. Historische Grundlagen	1174
1. Überwindung der antiken Einheit von weltlicher und geistlicher Macht	1174
2. Auswirkungen des Ringens um Suprematie im Mittelalter	1175

Inhaltsverzeichnis

3. Folgen der Reformation für Territorien und Reich	1175
4. Säkularisation und Neuausrichtung des Staatskirchenrechts im 19. Jahrhundert	1177
5. Epochaler Wandel durch die Weimarer Reichsverfassung von 1919	1178
6. Anknüpfung und Neukontextualisierung durch das Grundgesetz	1179
B. Rechtsquellen des Staatskirchenrechts	1180
I. Einseitig gesetztes Recht	1180
1. Das Grundgesetz als Rechtsquelle des Staatskirchenrechts	1180
2. Die Landesverfassungen als Rechtsquellen des Staatskirchenrechts	1184
3. Das einfache Gesetzesrecht als Rechtsquelle des Staatskirchenrechts	1185
II. Vertraglich vereinbartes Recht (Staatskirchenverträge)	1186
1. Rechtsnatur und Statthaftigkeit staatskirchenrechtlicher Verträge	1187
2. Typologie, Inhalt und Funktion staatskirchenrechtlicher Verträge	1187
3. Abschluss, Bindungswirkung und Beendigung staatskirchenrechtlicher Verträge	1189
C. Grundprinzipien des Staatskirchenrechts	1190
I. Die Trennung von Staat und Kirche	1191
II. Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates	1193
III. Die Parität	1195
IV. Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften	1197
D. Einzelgegenstände des Staatskirchenrechts	1201
I. Die Stellung der Religionsgemeinschaften in der staatlichen Rechtsordnung	1201
1. Der Begriff der Religionsgemeinschaft	1201
2. Religionsgemeinschaften mit privatrechtlichem Status	1203
3. Religionsgemeinschaften mit dem Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts	1203
II. Die Finanzierung der Religionsgemeinschaften	1212
1. Kirchensteuer	1213
2. Staatsleistungen	1215
3. Weitere Finanzierungsinstrumente (Subventionen, Übernahme von Kosten, steuer- und abgabenrechtliche Vergünstigungen) ..	1217
III. Das Arbeits- und Dienstrecht der Religionsgemeinschaften	1218
1. Individualarbeitsrecht	1220
2. Kollektives Arbeitsrecht	1224
3. Religionsgemeinschaftliche Beamtenverhältnisse	1225
IV. Die gemeinsamen Angelegenheiten von Staat und Religionsgemeinschaften (Res mixtae)	1226
1. Religionsunterricht in der öffentlichen Schule	1226
2. Theologische Fakultäten an staatlichen Hochschulen	1230
3. Anstaltsseelsorge	1234
V. Der Schutz der Sonn- und Feiertage	1240
E. Ratio des Staatskirchenrechts	1241
I. Die generalisierende Sicht: Freiheit als einheitliche Ratio des Staatskirchenrechts	1242
II. Die differenzierende Sicht: Freiheit als Ratio des grundrechtlichen, Gemeinwohl als Ratio des institutionellen Staatskirchenrechts	1244

Inhaltsverzeichnis

F. Europarechtliche Einwirkungen auf das Staatskirchenrecht	1247
I. Keine unmittelbare Regelung des Staatskirchenrechts durch das Unionsrecht	1247
II. Mittelbare Einwirkungen des Unionsrechts auf das Staatskirchenrecht	1248
1. Grund unionsrechtlicher Einwirkungen	1248
2. Bereiche unionsrechtlicher Einwirkungen	1248
3. Grenzen unionsrechtlicher Einwirkungen	1249


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG